

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Samstags. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. jährlich 12 Briefgebühren. Die Abgabe Nummer folgt 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Angelagen werden in der Redaktion auf Briefen, Bahnpostkarte Nr. 6 und von allen Angelegenheiten angenommen. Die unangenehmsten Postgebühren folgen 2 Pfennig, die Restgebühren 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe
Sprechsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 164 Postfachkonto: Berlin 62 448. Dienstag, den 18. Oktober 1927 Postfachkonto: Berlin 62 448. 26. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Sitzungseinladung.
Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung am Donnerstag, den 20. Oktober d. Js., abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die in der Sitzung nicht Anwesenden an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme von Straßenplan.
2. Neuwahl eines Mitgliedes zum Schulvorstand.
3. Aenderung der Festsetzung von Beihilfen.
4. Biersteuerordnung.
5. Bedingungen bei Erteilung einer Ausnahme vom ortstatutarischen Bauverbot.
6. Abrechnung der Rechte aus dem Uebereignungsvertrag mit der Siedlungsgesellschaft Niederbarnim.
Birtenwerder, den 17. Oktober 1927.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Stenerzahlung.

Die für den Monat Oktober fälligen und bisher nicht gezahlten Staatl. Einkommen- und Grundvermögenssteuern, die Gemeindebeiträge zur Grundvermögenssteuer, sowie die Gemeindebeiträge werden hiermit zur Zahlung bis zum 22. d. Mts. bei Vermeidung der zwanzeiwöchigen Verjährung angemahnt. Die gefälligen Zinsen und Mahngebühren werden hiermit fällig.
Birtenwerder, den 17. Oktober 1927.
Die Gemeindekasse.

Hohen Neuendorf

Der hiesige Gemeindevorsteher macht bekannt:
Gemeindevorsteher-Sitzung.
Am Montag, den 17. Oktober d. Js., um 20 Uhr, findet in dem Sitzungssaal, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Die Herren Schöffsen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Vermerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich dem gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
Tagesordnung:
A. Desfallig.
1. Hochmalige (formelle) Beschlußfassung über Aufnahme eines Darlehens von 8500 RM. zur Abdeckung der 1. Tilgungsrate des Notstands-kredits von 25000 RM.
2. Übernahme von 5000 RM. für Herstellung eines Fuß- und Radfahrweges in der Drantenberg-Strasse.
3. Beitrag zur Hindenburg-Spende.
4. Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zum Nachtrag des Ortsstatuts über Anliegerbeiträge.
B. Nichtsfallig.
5. Besprechung des Ortsstatuts über Verunstaltung.

Streit im Braunkohlengraben?

Die Tarifverhandlungen ergebnislos abgebrochen.
Wie amtlich mitgeteilt wird, traten auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums am Freitag die Tarifparteien des mitteldeutschen Braunkohlengrabenbaus zu Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen zusammen. Den Vorsitz führte der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter, Regierungsrat a. D. Dr. Braun.
Es herrschte Klarheit darüber, daß es bei dem Schiedsspruch vom 3. Juli d. J., der eine Erhöhung der tariflichen Löhne um drei Prozent vorsah, nicht bleiben konnte, sondern daß es berechtigt war, über diesen Vorschlag hinaus die Löhne zu erhöhen. Das Maß der Lohnerhöhung war begrenzt durch die Notwendigkeit, eine Kohlenpreiserhöhung zu vermeiden. Nach erfolglosen Verhandlungen wurde gegen 10 Uhr abends der Einigungsversuch abgebrochen, die Forderungen der Gewerkschaften lagen noch erheblich über dem, was der Schlichter aus allgemein wirtschaftlichen Gründen glaubte verantworten zu können.
Im Braunkohlengraben in Berlin traten Sonnabend mittags die Arbeitgeber zu einer Besprechung zusammen, um sich über die Konsequenzen der ergebnislosen Verhandlungen schlüssig zu werden. In den Kreisen der Arbeitgeber ebenso wie in den führenden Gewerkschaftskreisen wird entgegen optimistischen Darstellungen, die von offiziöser Seite ausgegeben werden, bestimmt mit einem Ausbruch des Streiks im mitteldeutschen wie im ostpreussischen Braunkohlengraben gerechnet. Von dem Streik würden, wenn er voll durchgeführt wird, annähernd 70 000 Arbeiter, mit Angehörigen etwa 250 000 Personen betroffen werden.
Da ein Teil der Elektrizitätswerte, die Berlin mit Licht und Kraft versorgen, insbesondere Gohla und die Märkischen Elektrizitätswerte mit mitteldeutscher Braunkohle versorgt werden, so könnte ein länger werdender Arbeitskampf auch in Berlin zu spüren sein.

Der Braunkohlengraben.

Rund 80 000 Bergarbeiter wollen streiken.
Wie nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen erwartet werden mußte, haben die in Frage kommenden Bergarbeiterverbände die Notwendigkeit ihrer Forderungen mit der Proklamierung des Streiks beantwortet. Wird die Streikparole befolgt, so werden rund 80 000 Bergarbeiter in den Ausstand treten. In dem von den Gewerkschaften erlassenen Aufruf heißt es u. a.:
Am Montag, den 17. Oktober, beginnt im gesamten mitteldeutschen Braunkohlengraben der Streik. Die Tariforganisationen rufen alle Braunkohlengrabenarbeiter auf Grund des Beschlusses der Gewerkschaften und Betriebsfunktionäre zum Kampfe auf. Nur den Parolen der Gewerkschaften ist Folge zu leisten.

Die amerikanische Anleihepolitik.

Scharfe Angriffe gegen die Aufsichtsstellung des Staatsdepartements.
Wie aus Washington berichtet wird, richtete der demokratische Senator Claiborne von Virginia einen scharfen Protest gegen die seit 1922 bestehende Gewohnheit, vor der Auflegung von Anleihen fremder Staaten, Länder und Gemeinden im Staatsdepartement anzurufen, ob Bedenken dagegen beständen. Claiborne sagte an, er werde diese Angelegenheit im Kongress zur Sprache bringen, da sie die Gefahr einer Korruption im Inlande und einer ernsten Abhängigkeit der Beziehungen zu einer fremden Regierung, falls deren Anleihe abgelehnt werde, in sich birge. Claiborne und andere Senatoren erklärten, sie würden einen etwaigen Gesetzentwurf, der diese Aufsichtsstellung des Staatsdepartements legalisieren wolle, unbedingt ablehnen.
Im Staatsdepartement wurde hierzu bemerkt, die Regierung beabsichtige nicht die Einbringung eines derartigen Gesetzes, sie halte im Gegenteil die Einlegung einer Beratungsfalle für Anleihen des Auslandes für unerwünscht. Im übrigen halte das Staatsdepartement an der seit März 1922 durch ein Zirkular den Bankiers übermittelten Bitte fest, ihm vor der Auflegung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, da immerhin der Fall vorkommen könne, wo eine Nichtaufgabe im nationalen Interesse geboten sei, z. B. bei Anleihen zu Küftungswecken oder für die Entfaltung oder Förderung von Revolutionen oder dergleichen.
In der Angelegenheit hat auch Präsident Coolidge Stellung genommen. Im Weißen Hause wurde mitgeteilt, Coolidge halte die bisherige Gewohnheit, wonach das Staatsdepartement lediglich seine Ansicht über ein Anleiheprojekt äußere, ohne daß jedoch die Bankiers dadurch gebunden würden, für durchaus günstig, sowohl für die Bankiers als auch für die anleihennehmenden Staaten. Befände dieser Kontakt zwischen Regierung und Finanzwelt nicht, so könnte die Auflegung in aus fremden Gründen unerwünschten Anleihen den Kongress gelegentlich veranlassen, sehr drastische Zwangsbestimmungen für Anleihen fremder Staaten festzusetzen. Lediglich aus diesem Grunde erhalte die Regierung der Vereinigten Staaten den gegenwärtigen Zustand aufrecht. Sie drille Anleihepläne nur daraufhin, ob sie die außenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten fördern könnten.

Ein politischer Mord in Prag.

Der albanische Gesandte erschossen.
Der kürzlich für Prag ernannte albanische Gesandte, Cena Beg Kreschja, gleichzeitig albanischer Gesandter in Belgrad, ist in Prag das Opfer eines Revolverattentats geworden. Ein junger Mann kürzte sich im Café Passage in dem Augenblick, als der Gesandte in der Garderobe seinen Mantel holen wollte, auf den Gesandten und gab aus unmittelbarer Nähe einen Revolverschuß auf ihn ab. Der Gesandte brach sogleich zusammen und starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Mörder wurde der Polizei übergeben.
Über die Einzelheiten dieses neuesten politischen Mordes wird berichtet: Der Täter, der seit drei Tagen das Café Passage besuchte, hatte an dem Mordtage unmittelbar am Eingang des Cafés in der Nähe der Garderobe Platz genommen. Der Gesandte sah im ersten Stok des Cafés. Unmittelbar vor Verlesung der Tat trat der Täter drei Knagels. Nach dem Attentat übergab er den Revolver dem Oberkellner, und den Rest des Mordes verhandelte der Täter mit dem Täter. Der Täter spricht französisch, italienisch und deutsch.

Augenzeugen des Attentats erklären, daß der Angreifer auf Cena Beg zweimal, und zwar von rückwärts geschossen hat.

Nach der Tat benahm sich der Täter vollkommen ruhig, er wurde sofort dem nächsten Volksgenossenschaftler angeführt, wo er einem Verhör unterzogen wurde. Bei dem Verhör erklärte er, Aljibady Bebi zu heißen und im Jahre 1904 in Eibassan in Albanien geboren zu sein. Er sei Student.
Auf die Frage, warum er das Attentat verübt habe, antwortete er, die Motive seien politischer Natur. Er habe Cena Beg erschossen, weil dieser seine Heimat Albanien an Jugoslawien verkaufen wollte.
Nach dem Verhör im Volksgenossenschaftler wurde Bebi in die Polizeidirektion übergeführt, wo das Verhör fortgesetzt wurde. Die Tat hat in der Innenstadt große Erregung hervorgerufen. Große Menschenmassen versammelten sich in der Nähe des Cafés. Dem Mord begangen wurde.

Hindenburg-Spenden aus dem Ausland.

Eine vorläufige Uebersicht.
Die Zeitung der Hindenburgspende gibt jetzt eine vorläufige Uebersicht über die bisher aus dem Ausland eingegangenen Beiträge zur Hindenburg-Spende bekannt, die schon recht beachtlich sind.
Aus dem europäischen Ausland (außer Deutschland) kamen bisher insgesamt 60 356 Mark (23 Staaten mit überwiegend kleinen, aber zahlreichen Eingängen sind vertreten), und zwar führt Spanien mit etwa 11 000 M. vor England mit 6646 M. und Rußland mit 4783 M. Aus Nordamerika kamen bisher 100 407 M. Mittelamerika 33 409 M. überwiegen, und zwar Guatemala 12 523 M., Mexiko 9954 M. usw. Die südamerikanischen Eingänge betragen zur Zeit 60 242 M. Die Hauptposten von 15 931 M. aus Brasilien, 15 465 M. aus Argentinien, 13 500 M. aus Peru. Die asiatischen Spenden im Gesamtbetrage von bisher 36 153 M. sehen sich aus den Beiträgen von 24 deutschen Kolonien zusammen. Es führen die ostasiatischen Deutschen mit 20 893 M. Afrika hat bisher 14 293 M. beigetragen: aus Adis Abeba 1782 M., aus Alexandria 3740 Mark; die übrigen Eingänge stammen aus den verloren gegangenen deutschen Kolonien.
Wie die ganze Sammlung noch nicht abgeschlossen ist, sind auch die Zahlen für die Auslandsspenden nur vorläufige. Es gehen noch täglich Spenden ein, und es fehlen noch die Abrechnungen ganzer Länder, wie z. B. Schweiz und Chile; auch aus Australien liegen noch keinerlei Nachrichten vor. Immerhin dürften die vorstehenden vorläufigen Ziffern als ein Spiegel der Bewegung, die Hindenburg im Auslandsdeutschtum in aller Herren Ländern genießt, weitgehendem Interesse begegnen.

Vom Wartburgfest der Burschenschaft.

Ein Danttelegramm an den Reichspräsidenten.
In althergebrachter Weise hat die Deutsche Burschenschaft auch in diesem Jahre — zum 110. Male — das Wartburgfest begangen. Auf das Begrüßungsschreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg anlässlich dieses Tages an die Burschenschaft gerichtet hatte, wurde folgendes Antworteletrogramm abgefaßt:
„Euer Erzellenz dankt die Deutsche Burschenschaft für die herzlichen Worte der Begrüßung aus Anlaß der 110jährigen Wiederkehr ihres Wartburgfestes. Sie erneuert das Gelübnis der Einigkeit und Freiheit des deutschen Volkes mit allen ihren Kräften zu dienen. Deuten und Ziel der Burschenschaft ist wie vor 110 Jahren Zusammenschluß aller deutschen Stämme in einem einzigen und freien deutschen Staat.“
Zur Anschließfrage nahm der feierliche österreichische Gesandte in Berlin, Erzellenz Niede, zu längeren Darlegungen das Wort, wobei er insbesondere auch auf die wirtschaftliche und internationale Seite der Frage einging.
Im Anschluß an seine Ausführungen, die lauten Beifall hervorriefen, erneuerte die Burschenschaft ihren unerfährlichen Willen, an der Gestaltung des großdeutschen Reiches mit allen Kräften mitzuarbeiten. In praktischer Betätigung dieser Bestimmung beschloß die Tagung eine tatkräftige Unterstützung des Prager Studentenhauses.
Eine Hindenburgfeier der Grazer Studenten.
Die Grazer deutsche Studentenschaft veranstaltete in der Aula der Universität aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten v. Hindenburg eine Feier, an der die Rektoren der Technischen Hochschule und der Montanhochschule in Leoben sowie die akademischen Behörden und andere Gäste teilnahmen. Die Festrede hielt Universitätsprofessor Dr. Kaiser.